

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

3.1.1851 (No. 2)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. Januar.

N^o 2.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

Karlsruhe, 2. Januar.

Das großh. Regierungsblatt Nr. 61 vom 31. Dezember enthält die Verordnung zum Vollzuge des Jagdgesetzes vom 2. Dezember 1850.

Das großh. Regierungsblatt Nr. 62 vom 31. Dezember enthält folgende unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. Dezember allergnädigst bewogen gefunden, dem katholischen Hauptlehrer Valentin Bles zu Baden wegen seiner bald fünfzigjährigen treuen Dienstleistungen im Schulfache, und dem Hauptlehrer und Unterlehrer Michael Karl Grimm zu Stürzenhard, in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste als Lehrer und Unterlehrer, die kleine goldene Zivil-Dienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachricht.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 28. Dezember gnädigst bewogen gefunden, den Legationsrath Wittell, vorbehaltlich der Wiederverwendung, in den Ruhestand zu versetzen.

Das neue Jahr.

(Schluß.)

Wir haben am Schluß unseres Artikels in Nr. 1 dieses Blattes unsere Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß nur die konstitutionelle Monarchie es sey, welche die Zukunft für sich habe; daß nur sie die Form seyn werde, in der der Kampf des Alten und des Neuen seine endliche Lösung und Vermittlung finden, die Revolution zum endlichen Abschluß gelangen werde. Aber, wird man hier und da uns einwenden, haben denn nicht die Franzosen diese konstitutionelle Monarchie gehabt? Haben sie nicht eine wahre konstitutionelle Musterkarte seit 1789 aufzuweisen? Ergo nicht schon Burke die Länge des bittersten Spottes über die französische Verfassungsmacherer, in jener Stelle, wo er sagt: „Der Abt Sieyès hat ganze Kästen voll Verfassungen fertig, bezetzelt, fortirt, und numerirt, jeder Jahreszeit, jedem Einfall angeeignet. Einige, wo das Unterste oben, einige, wo das Oberste unten steht, einige einfarbig, andere gebümmelt, einige ausgezeichnet durch Einfachheit, andere durch Verwickelung, einige mit Blut, andere mit boue de Paris besetzt, einige mit, andere ohne Direktoren, einige mit Räten von Alten, andere mit Räten von Jungen, andere ohne allen Rath; einige, wo die Wähler die Repräsentanten, andere, wo die Repräsentanten die Wähler ernennen, einige mit langen Röcken, andere in kurzen Mänteln, einige mit Pantalons, andere ohne Hüfen, einige mit fünf Schilling Vermögen, andere ohne alles Vermögen: — so daß kein Konstitutionsräumer unbefriedigt von seiner Bude geht, vorausgesetzt, daß er Muster liebt von Mündering, Unterdrückung, willkürlichen Verhaftungen, Konfiskationen, Verweisungen, revolutionären Gerichten, und gesetzlich bedächtig beschlossenen Nord, und zwar Dies in allen Gestalten, in die es gebracht werden kann.“

Seit Burke Dies schrieb, ist die Musterkarte noch reicher geworden durch die Verfassung des Konsulats, den Militärdespotismus, die konstitutionelle Chartre von 1814 und 1830, und die Verfassung der république introuvable von 1848. Diese Fruchtlosigkeit aller Bemühungen, die Revolution zum Abschluß zu bringen durch eine Verfassung, hat einen geistreichen Franzosen, Romieu, auf den Gedanken geführt, daß nur das alte römische Imperatorenthum die für die Neuzeit passende Form des Staatslebens sey. Wir behalten uns vor, auf seine Schrift, l'ère des Césars, zurückzukommen und zu zeigen, daß sie, bei manchem Wahren über den falschen Konstitutionalismus, das sie enthält, doch im Ganzen auf einer ganz unrichtigen Auffassung der antiken wie der modernen Weltlage beruht und das Heilmittel gegen die Gebrechen und die Krankheiten der Zeit in der Form der Monarchie sucht, die selbst eine Krankheit war, das letzte Stadium des Zerfalls der antiken Welt überhaupt. Frankreich hat alle Arten des falschen Konstitutionalismus versucht; es muß eben zurückkehren zum wahren, den schon Mirabeau in seinem letzten Kampfe für die Monarchie ihm andeutete.

Aber man wird uns noch eine andere Einwendung machen in Bezug auf Deutschland. Hat die konstitutionelle Monarchie hier sich als ein Damm gegen die Revolution erwiesen? Hat nicht Deutschland konstitutionelle Verfassungen gehabt und ist es nicht dennoch in den Strudel der Revolution mit fortgerissen worden? Wir antworten hierauf Folgendes. Wenn wir den letzten Gründen der französischen Revolution von 1789 nachgeben, so ergibt sich zunächst, daß dieselben ganz anderer Art waren, als die der Bewegung der letzten Jahre in Deutschland. In Frankreich lagen die Gründe der Revolution in der Finanzkrisis, und die Gründe dieser in der ungeheuern Schuldenlast, in dem zuletzt zu kolossaler Größe anschwellenden Mißverhältnis der Ausgaben und Einnahmen des Staats. Die Folgen der Kriege Ludwigs XIV. und die der gewissenlosesten Verschleuderungen unter Lud-

wig XV. machten sich geltend; alle Last lag auf dem Bürger und Landmann, Adel und Geistlichkeit steuernd nicht. Alle diese Verhältnisse lagen für Deutschland nicht vor; die Finanzen fast aller Staaten waren aufs beste geordnet, von Willkürherrschaft keine Rede, die Abgaben gleich vertheilt auf alle Stände, die Feudalrechte größtentheils auf gesetzlichem Wege aufgehoben oder auf dem Punkt, es zu werden; Handel, Verkehr, Industrie in Blüthe; kurz es lagen materiell keine Gründe zu einer Revolution vor. Was war es denn aber sonst, was sie hervorrief? Es waren keine materiellen, es waren politische, waren nationale Gründe. Es war das durch die ganze Nation gehende Gefühl, daß Deutschland nicht das Maß politischer Rechte habe, was ihm gebühre, daß es dem Ausland gegenüber die traurige Rolle der Zerissenheit und Schwäche spiele und von ihm nicht als ebenbürtig betrachtet werde. Diesem Gefühl lag die höchste Berechtigung zum Grunde; es war der unter der Asche glimmende Funke, der durch den Sturm der Zeit zur Flamme, leider bald zur verheerenden Flamme angefaßt wurde, als Geister der Hölle und des Wahns sie als Feuerbrand benützte, um weithin Verderben und Verheerung zu tragen.

Die Ereignisse der letzten Zeiten sind bekannt genug; wir brauchen sie nicht ins Gedächtnis zurückzurufen. Es war für Deutschland kein Glück, daß die Günst des Augenblicks nicht mit weiser Mäßigung benützt wurde, daß man die bestehenden Verhältnisse nicht achtete, sondern im Besitze der Macht sich deren überhob, und einen Augenblick im Vollgenusse derselben schwelgte, um bald sie sich gänzlich entwunden zu sehen. Das Frankfurter Parlament ist an seiner anfänglichen Allmacht gestorben; es hat die Kraft der Monarchie in den größern, ja selbst einigen der mittlern Staaten viel zu gering angeschlagen, nicht bedacht, daß diese tief in der Erde seit Jahrhunderten wurzelte, während sein Bau ohne Fundament im Drang des Augenblicks errichtet worden war.

Wir sprechen nicht von den Klippen, an denen die Dreikönigs-Verfassung scheiterte; nur Eines sprechen wir abermals laut aus, daß es ein unvergängliches Verdienst Preussens ist und bleibt, daß es, zu einer Zeit, wo Deutschland keinen Halt nach innen und außen hatte, der Monarchie wieder ein starker Hort ward, die Revolution niederwarf und dem Strom der politischen Gefühle und Gedanken ein Bett anwies, wo er in ruhigem Fluße sich abklären konnte. Sein Versuch, den Bund es Staat zu gründen, wozu die Berechtigung in einem Bundesbeschlusse lag, ist gescheitert, auch die Union als Bundesstaat im weiteren Bund erloschen; man ist in den Dresdener Konferenzen bemüht, für Deutschland eine neue Organisation zu finden, nachdem die andern eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele geführt haben. Man kann, je nach seinem politischen Standpunkte, diesen Gang der Ereignisse belachen oder beklagen; wir unfererseits suchen ihn zu begreifen. Wir sind mit Theilnahme den Bemühungen, den Bundesstaat zu gründen, gefolgt; allein stets war unsere Ansicht die, daß er nur auf friedlichem Wege gegründet werden könne und solle; ein Bürgerkrieg hat uns stets als der unglücklichste, unsicherste, und in jedem Fall als der weiteste Weg zur Einheit Deutschlands geführt; aus der Entflammung des Hasses der Stämme, aus der Selbstzerfleischung der Glieder kann keine nationale Einheit und Einigkeit erblühen. Darum segnen wir Preussen, daß es, sobald seine Ehre es gestattete, die Hand zum Frieden bot. Der Bundesstaat dünkt uns jetzt noch die beste Form für Deutschland; allein er ist nicht die einzige. Vor 1840 Deutschland das erhebende Bild einiger Stärke und Befähigung gegen das Ausland, so kann es auch im Jahr 1851 Dies bieten, und es wird uns mehr frommen, wenn wir, wozu vielleicht Gelegenheit kommt, unser Recht, im Innern uns zu gestalten, mit vereinten Kräften (unitis viribus) gegen das Ausland wahren, als wenn wir mit Hilfe desselben den Sieg in innern Kämpfen erringen wollten.

Diesem, in deren Hände zunächst die Verfügung über Deutschlands künftige Gestaltung zurückgegangen ist, werden ja wohl erwogen, daß es nicht wohl gethan seyn würde, den gerechten und billigen Wünschen der Nation in Nichts Rechnung tragen zu wollen; sie werden die Zukunft nicht minder im Auge haben, als die Gegenwart, und sich nicht begnügen wollen, nur die nächste Gefahr beseitigt zu haben. Unsere Zeit ist reich an Lehren für die Fürsten wie die Völker und die Staatsmänner; Allen predigt sie die alte Lehre, daß „Mäß zu halten“ das Beste in allen Dingen sey, und Gerechtigkeit das Fundament der Staaten sey. So mögen wir uns denn des Friedens, als der Grundbedingung gedeihlicher Reform, erfreuen, und hoffen, daß das neue Jahr uns ein gerechtes Maß vernünftiger Freiheit im Innern erhalten, Einigkeit und Kraft nach außen bringen werde.

Die Dresdener Konferenzen.

Dresden, 26. Dez. (N. C.) Ich habe vor Allem einen wichtigen Punkt über die Eröffnungssitzung der freien Konferenzen nachzutragen: ich hatte nämlich der Rede nicht erwähnt, die Hr. v. v. Pfordern als Vertreter Bayerns hielt, und in welcher er auf die Nothwendigkeit einer Volksvertretung beim Bunde hinwies. Es liegt die Vermuthung nahe,

daß die Vertreter fast aller kleineren Staaten sich hinsichtlich dieses Punktes an Bayern anschließen werden, wie andererseits Seitens der Großmächte die Berathung hierüber möglichst hinausgeschoben werden dürfte; denn Das ist unzweifelhaft, daß die mittleren und kleineren Staaten in einer solchen Volksvertretung eine wesentliche Stütze für ihre Selbständigkeit finden werden. Wie ich aus zuverlässiger Quelle höre, hat sich die Situation seit gestern wesentlich verändert. Wenn man nämlich daran festhält, daß das Hauptgewicht der hiesigen Verhandlungen zunächst in der persönlichen Verständigung zwischen dem Fürsten von Schwarzenberg und dem Hrn. v. Manteuffel liegt; wenn man sich ferner erinnert, daß sich zwischen beiden von Anfang an wesentliche prinzipielle Differenzen herausgestellt hatten, — so wird man zugestehen müssen, daß ein wichtiger Schritt vorwärts geschehen ist, indem durch die gestern und heute täglich zweimal fortgesetzten Privatgesprächen der beiden Minister diese Differenzen bereits als wesentlich beseitigt angesehen werden können. Wie so oft, so wirkte auch hier ein ganz zufälliger Umstand wesentlich mit, nämlich das Dazwischenfallen des Festes; denn gerade hiedurch gewann man die Zeit zu einer privaten Verständigung, ehe durch eine Fortsetzung der Plenarsitzungen die Spaltungen in ihrer ganzen Schärfe hervortraten. Man versichert mir, daß man von diesem Augenblicke an ein ziemlich einträchtiges Zusammenwirken der beiden Großstaaten in allen Hauptpunkten erwarten könne. — Graf Reventlow-Farve hatte gestern eine längere Audienz bei dem österreichischen Ministerpräsidenten. Wie sich erwarten ließ, erklärte ihm der Letztere rundweg, wie er zu nichts Anderem ratben könne, als zu einem einfachen Nachgeben und zu einer Entwaffnung der schleswig-holsteinischen Armee, denn nur so behielten die andern deutschen Staaten die Möglichkeit, die Rechte der Herzogthümer noch so weit zu schützen, als Dies nach dem Bundesbeschlusse vom 17. September 1846 möglich sey; füge man sich nicht, mißglücke also die Mission der sofort abzuschickenden Kommissarien, des Grafen Mensdorff und des Hrn. v. Thümen, so werde man keinen Augenblick zögern, den wiederholten Mahnungen auch den Nachdruck der That zu geben, indem dann Oesterreich und Preußen gemeinsam die Exekution vornehmen würden. Mit gleich offener Entschiedenheit soll Graf Reventlow geantwortet haben, wie die Statthalterschaft und das Volk der Herzogthümer im vollen Gefühle ihres Rechts fest entschlossen seyen, lieber mit Ehren und im Kampfe für ihre Rechte, sollte es seyn müssen selbst gegen Deutschland, unterzugehen, als sich freiwillig Dem, was sie nur als dänische Anmaßungen betrachten könnten, zu fügen. Hiermit wäre eigentlich die Mission des Grafen Reventlow bereits an ihrem Zielpunkte angekommen, denn er muß hiermit die Gewißheit erlangt haben, daß auf Seiten der deutschen Regierungen keine Hoffnungen mehr für die Herzogthümer liegen. Ich muß hinzufügen, daß ich selbst den Vertreter derjenigen deutschen Regierung, welche fast noch als der letzte Hort für die Interessen der Herzogthümer aufgetreten war, sich dahin aussprechen hörte, wie jetzt, nachdem der Friede mit Dänemark ratifizirt sey, und nachdem die Gesammtheit der Großmächte sich gegen die Herzogthümer ausgesprochen habe, Nichts mehr übrig bleibe, als Amen zu sagen. Ich zitiere den Ausdruck wörtlich. Graf Mensdorff-Pouilly ist zum österreichischen Bevollmächtigten ernannt; ein Hr. v. Gablenz, Oberst vom österreichischen Generalstabe, ist ihm beigegeben und bereits nach Hamburg vorausgereist.

Dresden, 28. Dez. (N. C.) In dem Augenblicke, wo dieser Brief Sie erreicht, ist die Hauptsache der hiesigen Verhandlungen erledigt. Die allseitigen Interessen sind bei der Feststellung der Grenzen zwischen der exekutiven und legislativen Gewalt so vollständig gewahrt worden, daß mit Sicherheit ein Widerspruch, selbst von Bayern, nicht zu erwarten steht. Unzufrieden dürften vielleicht nur die ganz kleinen Staaten seyn, und hierüber wird man sich hinwegsetzen. Die Konferenzen haben ihre Wichtigkeit zu einem großen Theile verloren, seitdem durch das beiderseitige Entgegenkommen der beiden deutschen Großstaaten die brennenden Fragen über die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse gelichtet sind; es wird sich hier in der Folge nur eben noch um eine detaillierte Ausarbeitung eines neuen Bundesstaatsrechts nach Grundprinzipien, die von vornherein feststehen, handeln. Die Frage nach der Bildung der Exekutive war der eigentliche Angelpunkt, um den sich alles Uebrige drehte, und eben diese Frage ist seit gestern erledigt.

Dresden, 29. Dez. (D. P. A. J.) Heute war wieder große Tafel bei Sr. Maj. dem König. Fünfundzwanzig von den Kongressbevollmächtigten waren dazu gezogen; alle diejenigen nämlich, welche nicht bereits dem ersten Diner am Hofe beigewohnt, und Die, welche sich seit demselben erst hier eingefunden haben. Der Minister des Auswärtigen hatte die Vorstellung der Herren und damit eine Art Gedächtnisprobe zu bestehen. Als Konferenzbevollmächtigte für Mecklenburg-Schwerin sind gestern Abend Ministerpräsident Graf v. Bülow und der Geh. Legationsrath Baron v. Bülow hier eingetroffen. Zu gleicher Zeit ist auch der k. k. österreichische Generalmajor

v. Mensdorff hier angekommen und heute Morgen nach Berlin abgegangen.

Die Befürchtungen, schreibt ein gutunterrichteter Korrespondent aus Hannover in der „Deutschen Allgemeinen Z.“, daß die Bundesversammlung in Frankfurt und die Konferenz in Dresden mit einander in Kollision gerathen könnten, haben wir für vollständig überflüssig, da in Dresden keine Beschlüsse gefaßt werden in Betreff von Maßnahmen, die sich auf unmittelbare augenblickliche Fälle beziehen, und zumal Preußen das Fortbestehen der Frankfurter Versammlung genehmigt. In Dresden drängt Oesterreich immer mehr auf die möglichst weite Beibehaltung der alten Bundesverfassung hin, mit Ausnahme der getrennten Exekutivgewalt; Bayern wird dagegen seinen Plan, in diese Exekutivgewalt sich hineinzudrängen, unter allen Umständen aufgeben müssen, weil Preußen und Oesterreich in dieser Frage fest und innig zusammenstehen, Preußen aber eine Kardinalfrage daraus macht, weil es sonst stets durch Bayern, welches sich ganz Oesterreich zuwendet, übersimmt werden würde.

Dresden, 30. Dez. (Tel. Kor. d. B. B.) Fürst Schwarzenberg wird heute hier eintreffen und nächster Tage nach Wien abgehen. Graf v. Alvensleben ist bereits wieder angekommen; — der Minister v. Manteuffel wird vorläufig nicht hieher zurückkehren.

Wien, 26. Dez. (Wand.) Gestern langten Nachrichten von Dresden hier an, nach welchen die Anträge Oesterreichs von allen konföderierenden Mächten angenommen worden wären. Heute verbreitet sich in sonst gut unterrichteten Kreisen das Gerücht, daß die Unterhandlungen in Dresden in den Hauptpunkten zu dem von Oesterreich gewünschten Resultate geführt haben.

Deutschland.

Heidelberg, 31. Dez. (Fr. Z.) Heute kam von dem großh. Hofgericht in Mannheim das Urtheil über den hiesigen Bürgermeister Winter an, der im Januar 1850 des Hochverraths angeklagt war und 4000 fl. Kaution hinterlegen mußte. Es lautet: „Er sey freigesprochen und für verdachtlos erklärt.“

|| * **Mannheim, 1. Jan.** Die Neujahrsnacht, welche gewöhnlich von Erzessen begleitet zu seyn pflegt, ging dieses Jahr ohne irgend eine Störung von Bedeutung vorüber, und es wurden, trotzdem, daß die Feierabendstunde hier ausnahmsweise bis 4 Uhr Morgens hinausgeschoben worden war, nur 4 Verhaftungen wegen Trunkenheit vorgenommen; eine anderweitige Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung kam nicht vor. Das Laster der Trunkenheit, welches in unserer „Bildungs- und Wohlstandsperiode“ ganz besonders grassirt und genährt wurde, wurzelt leider so tief in dem badischen Boden, daß zu dessen Vertilgung die unausgesetzte Ueberwachung des Volkes Seitens der Geistlichen, Lehrer, und Ortsvorstände erfordert wird. Wie wenig es bisher gelingen wollte, die Masse der Bevölkerung an ein mäßigeres Leben zu gewöhnen, geht am unzweideutigsten aus dem durch die Distrikts- und Stadtkommandantur öffentlich bekannt gemachten Strafverzeichniß des Polizeidistrikts Mannheim hervor. Mehr denn zwei Dritteltheile der verhängten Strafen wurden in Folge von Trunkenheit erkannt; revolutionäre Demonstrationen sind so gut wie ausgestorben.

Eine rühmliche Ausnahme von der Sinnigkeit unserer Bevölkerung zur Genußsucht macht seit den Zeiten der Reorganisation unser Militär. Der übermäßige Besuch der Wirthshäuser ist einem kameradschaftlichen Zusammenleben in den Kasernen gewichen, und ein betrunkenen badischer Soldat gehört in der That zu den Seltenheiten. Die ethische Erziehung der Mannschaft geht jetzt Hand in Hand mit der Einübung zum Waffendienst, und die Kirchenparade gewährt jetzt mit der Militärparade den Beweis einer trefflichen Schule.

München, 28. Dez. (Allg. Z.) Infolge eines Kriegesministerialreskripts vom 27. d. haben die Feldmarschälle und die gesammte Generalität, sowie alle jene Offiziere des Heeres, welche bisher den Waffenrock nicht hatten, diesen nunmehr gleichfalls zu tragen. Nur in jenen Fällen, wo diesen Chargen bisher das Tragen des Uniformrockts mit den engen Beinleidern und hohen Stiefeln vorgeschrieben war, haben dieselben bis auf Weiteres im Uniformrockt noch ferner zu erscheinen. Der unkleidbare Frack verliert sonach immer mehr Terrain; er hat aber hier wie überall in Deutschland ein sehr jähes Leben.

Darmstadt, 30. Dez. (Darmst. Z.) Se. großh. Hoh. Prinz Alexander haben gestern Abend die Rückreise nach St. Petersburg angetreten.

Hr. Heinrich v. Gagern hat in einem Schreiben aus Rendsburg an den großherzoglichen Wahlkommissar Vizepräsidenten Uhle die in Alzei auf ihn gefallene Wahl zur Ersten Kammer des bevorstehenden Landtags abgelehnt, indem der Zeitpunkt seiner Rückkehr aus Holstein sich noch nicht bestimmen lasse. Es wird daher in jenem Wahlbezirk eine neue Wahl notwendig; diese, so wie die Mainzer Wahl zur Ersten Kammer, sind die einzigen noch rückständigen.

Frankfurt, 31. Dez. (Fr. Bl.) Dem Vernehmen nach wird die Vermählung des Prinzen Georg von Mecklenburg-Strelitz und der Großfürstin Katharina von Rußland gegen Ende des nächsten Monats in St. Petersburg gefeiert werden.

Die Gräfin Schaumburg nebst den kurfürstlichen Kindern und Dienerschaft verlassen heute früh Frankfurt, um sich nach Kassel zu begeben.

Die Deutsche Zeitung hat mit dem heutigen Tage zu erscheinen aufgehört.

Frankfurt, 31. Dez. (D. P. A. Z.) Se. k. Hoh. der Großherzog von Baden haben durch allerhöchstes und sehr huldreiches Kabinetts-Schreiben, d. d. Baden, 29. Dez. 1850, dem

k. preuß. Konsul, Hrn. Simon Moriz v. Bethmann, das Kommandeurkreuz höchstehendes Ordens vom Jähringer Löwen, als Anerkennung der, während der Tage der Revolution geleisteten menschenfreundlichen Aufopferung, zu verleihen geruht.

Mainz, 29. Dez. Briefe aus Alzei berichten, daß Hr. v. Gagern die auf ihn gefallene Wahl zur Ersten Kammer abgelehnt habe.

Siegen, 30. Dez. (D. P. A. Z.) Gestern kam hier in der Richtung von Hanau nach Kassel auch das 2. kurhessische Husarenregiment an. Der größere Theil ging weiter auf die Dörfer, so daß nur 1½ Schwadron in Siegen übernachteten.

Aus Kurhessen, 31. Dez. (D. P. A. Z.) Mit der Reize des alten Jahres, welches so verhängnißvoll für uns war, und dem Beginne des neuen werden für die abmarschirte bayrische Division Lesuire andere österreichische Truppenmassen, wenn auch nur auf kürzere Zeit, unser Land durchziehen. Das zur Vollstreckung der Bundesexekution nach Holstein bestimmte 25,000 Mann starke Korps des Feldmarschall-Leutnants Baron Ledebitsch sollte auf zwei Straßen von Fulda nach Kassel und weiter marschiren, die einen über Hünfeld, Hersfeld, Rotenburg, Melsungen, die andere über Großhilders, Lauterbach, Melsfeld, Ziegenhain, Wabern, Dissen. Es besteht dieses Korps aus 2 Divisionen; die erste unter Feldmarschall-Leutnant Teimer ist bereits im Lande eingerückt. Ihre erste Brigade Jöbel ist am 29. in Fulda und Hünfeld, raket daselbst am 30., geht den 31. mit ihren Vortruppen bis Neutirchen, den 1. Januar nach Hersfeld, den 2. bis Rotenburg, den 3. Raftag, den 4. Melsungen, den 5. Kassel etc.; die 2. Brigade Signorini kommt am 3. Januar nach Ziegenhain, am 4. nach Wabern, am 5. Raftag, am 6. nach Dissen, am 7. nach Kassel etc. Der Durchmarsch jeder dieser Kolonnen dauert 2 Tage an den verschiedenen Orten. Dann sollte die zweite Division unter Feldmarschall-Leutnant Erzherzog Leopold folgen, und zwar die Brigade Marini auf der ersten, die Brigade Görger auf der zweiten Straße; eben so die Kavalleriebrigade Blomberg, 4 Reiterdivisionen, und 1 Kavalleriebatterie in 2 Kolonnen, desgleichen die Reserveartillerie, so daß die Durchmärsche durch Kassel bis zum 17. Januar gedauert hätten.

Wie man aber vernimmt, sollen auf Ansuchen der kurhessischen Regierung, zur Erleichterung des bisher durch Einquartierung schon hart mitgenommenen Landes, die zweite Division und übrigen Truppentheile des Bundesexekutionskorps nach Holstein eine andere Marschrouten erhalten, als die früher durch Kurhessen bestimmte, nämlich durch Thüringen über Koburg, Meiningen, Eisenach, Mühlhausen, Göttingen, Hannover etc.

Kassel, 30. Dez. (D. P. A. Z.) In Folge der fortgesetzten Weigerung des hiesigen Magistrats, die vom Bundeskommissar, dem k. k. österreichischen Feldmarschall-Leutnant Grafen v. Leiningen, verlangte Anerkennung, resp. Befolgung der landesherrlichen Verordnung vom 4. Sept. 1850 auszusprechen, und eine desfallsige schriftliche Erklärung, welche die übrigen Behörden bereits sämmtlich abgegeben haben, vorzulegen, sind den Mitgliedern des Magistrats gestern Abend jedem 10 Mann österreichischer Soldaten als Einquartierung zugewiesen worden. Unter diesen Magistratsmitgliedern befindet sich auch der Direktor der höhern Gewerbeschule, Dr. Phyllipi, welcher um seine Entlassung eingekommen und abgerüstet ist. Oberbürgermeister Hartwig hat zu den früher schon als Einquartierung zugewiesenen 20 Mann noch 25 weitere erhalten, und der zweite Bürgermeister und bisherige Vorstand der städtischen Polizei, Henkel, hat 10 Mann Einquartierung bekommen. Man darf vermuthen, daß diese Herren aus dem exklusiven Verhalten bald hervortreten und die gedachte Verordnung, in so weit sie den Magistrat berührt, befolgen werden. Mit dieser Zustimmung würde das Exekutionsverfahren bei uns beendigt seyn, und die gegenwärtige Thätigkeit der Truppen eingestellt werden können, da in den Hauptsachen den Anforderungen des Bundeskommissars vollständig und alleseitig nachgekommen wäre.

Die Bewaffnung der Bürgergarde wird wahrscheinlich wieder erfolgen; wenigstens hat in diesen Tagen Hr. Feldmarschall-Leutnant Graf v. Leiningen dem Kommandeur derselben, Hrn. Maurermeister Seidler, darauf hinweisende Andeutungen gegeben. Im Uebrigen ist hier Alles ruhig. Konflikte zwischen den verschiedenen Truppentheilen kommen gar nicht mehr vor; heute Abend ist sogar eine Zusammenkunft von sämmtlichen Unteroffizieren der gegenwärtig hier stehenden verschiedenen Korps in freundschaftlicher Weise. Die k. k. österreichischen und k. bayrischen Unteroffiziere haben nämlich diejenigen von den k. preussischen und kurhessischen Korps in den Gasthof zum Kaiser von Oesterreich eingeladen.

Wie wir vernehmen, ist das Korps des k. k. österreichischen Feldmarschall-Leutnants v. Ledebitsch aus der Gegend von Bamberg aufgebrochen und befindet sich auf dem Marsche durch Kurhessen, um sich nach Holstein zu begeben. Dieses Korps ist 17,000 Mann stark, und werden in dem Zeitraum vom 5. bis 17. Januar 1851 die Durchmärsche durch die hiesige Stadt erwartet.

Kassel, 30. Dez. (D. P. A. Z.) Der gestrige Tag, ein Sonntag, wo sonst leicht Wirthshauslärm und Erzeffe vorkommen, ist auch ruhig vorübergegangen, eben so die Nacht. Man sieht schon die Soldaten der verschiedenen Truppen in freundschaftlichem Verkehr mit einander, und wir bezweifeln nicht, daß sich die üblen Folgen der mancherlei Aufregungen und besonders der Verleumdungen der Presse schon gelegt haben, oder doch bald legen werden und das alte kameradschaftliche Verhältnis, welches unter den deutschen Truppen so schön bestand, sich wieder neu befestigen wird. Se. kön. Hoh. der Kurfürst besuchten gestern Abend das Theater, in welchem auch viele Offiziere aller Truppentheile der hiesigen Besatzung, Oesterreicher, Preußen, Bayern, und Kurhessen, anwesend waren. Man gab Flotows Oper „Martha“ ausgezeichnet gut.

Gestern war große Tafel bei Sr. kön. Hoh. dem Kurfürsten, zu welcher der Bundeskommissar, der preussische Kommissar, der Kommandirende der Bundesstruppen, und andere hochgestellte Personen vom Zivil und Militär eingeladen waren. Die kurfürstlichen Ministerien sind gleichfalls am Tage der Ankunft des Kurfürsten (27. d. M.) hier eingetroffen, und man sah Hrn. Hassensflug noch an demselben Tag ruhig über die Straße gehen.

Die in Fulda, Hünfeld etc. stehende Division Lesuire hat nun Befehl zur Rückkehr nach Bayern erhalten. Die Division Damboer hält, außer kleineren Abtheilungen in Marburg und andern Orten des Landes, Kassel und Umgegend besetzt. Die Generale Damboer, v. Hailbronner, und du Ponteil sind in Kassel selbst, ihre Truppen theils in dieser Stadt, theils nördlich und westlich derselben. Die Brigade v. Haller steht südöstlich davon auf dem Lande. Je nach den Umständen finden öftere Dislokationen der Truppen statt.

Kassel, 31. Dez. 11½ Uhr. (L. Dep. d. D. N.) Das Exekutionskorps des Feldmarschall-Leutnants Ledebitsch hat gestern von Fulda aus seinen Marsch nach Schleswig-Holstein angetreten. Es wird in zwei Kolonnen von je 12,500 Mann über Wabern und Friglar auf Kassel kommen, hier am 5. Raftag halten, und über Karlshafen durch das Hannoverische marschiren.

Berlin, 29. Dez. (D. P. A. Z.) Da nun einmal die politische Gestaltung Deutschlands in der Hand von zwei Männern ruht, in der des Hrn. v. Manteuffel und des Hrn. v. Schwarzenberg, so dürfen wir es als ein Glück betrachten, daß Beide eine persönliche Verständigung herbei zuführen suchen. Ueber die beiden „brennenden Fragen“ hat man sich persönlich bereits verständigt. Wie diese Verständigung in Betreff der kurhessischen Frage ausgefallen ist, darüber sprechen die Thatsachen. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit ist derartig geschlichtet, daß man unter allen Umständen den Bundesstags-Beschlüssen Geltung verschaffen, zuvor aber den Zustand der offenen Auflehnung gegen den Landesherren beseitigen will. Sollte Dies durch die Kommissarien nicht gelingen, so sind Preußen und Oesterreich entschlossen, den noch einzig möglichen Weg zur Herstellung der Legitimität, nämlich den der Waffengewalt, anzuwenden. Aber nur gemeinschaftlich. Preußen würde in diesem Falle Hamburg sogleich wieder besetzen und von dort aus weiter gegen die Herzogthümer operiren. Diese Operationen, die hienichtlich nicht nöthig seyn werden, würden dann darin bestehen, daß Preußen und Oesterreich ein gemeinschaftliches Korps dahin senden. Wie die deutsche Frage im Allgemeinen, wird dann auch die holsteinische im Speziellen ihrer friedlichen Lösung entgegenzusehen haben, und wer auf der Höhe der Bildungstufe unseres Jahrhunderts steht, wird diese als die einzig angemessene Erledigung der mehrjährigen Zwietracht erkennen.

Berlin, 30. Dez. (D. Ref.) Heute Morgen fand eine Konferenz zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten, Hrn. Fürsten Schwarzenberg, und den für Schleswig-Holstein designirten Kommissarien statt.

Um 12 Uhr fand eine Ministerberatung statt, nach deren Beendigung der Hr. Ministerpräsident sich nach Charlottenburg zum Vortrag bei Sr. Majestät begab.

Hr. Fürst v. Schwarzenberg wird dem Vernehmen nach heute mit dem Nachtzuge Berlin verlassen. Ob Hr. v. Manteuffel sich abermals nach Dresden begeben werde, ist noch ungewiß; jedenfalls wird derselbe am Tage der Wiedereröffnung der Kammern hier anwesend seyn.

Gestern gab Se. Erz. der Ministerpräsident v. Manteuffel dem Fürsten v. Schwarzenberg ein Diner, an welchem sämmtliche Mitglieder des Staatsministeriums und das diplomatische Korps Theil nahmen.

Berlin, 31. Dez. (D. Ref.) Die Kommissarien der beiden deutschen Großmächte, welche im Namen des Deutschen Bundes die Regelung der holsteinischen Angelegenheit zu bewirken haben werden, sind bereits nach Holstein abgegangen. Dem Vernehmen nach werden sie bei dem Beginne ihrer Thätigkeit eine Proklamation erlassen, in welcher ihre Aufgabe nach allen Seiten hin genau bezeichnet seyn wird.

Der Fürst Schwarzenberg ist diese Nacht mit dem schlesischen Bahnzuge über Görlitz nach Dresden gegangen, von wo er sich nach einigem Aufenthalte wieder nach Wien begeben wird.

Breslau, 27. Dez. (Schl. Z.) General v. Willisen traf am 23. d. M., von Magdeburg kommend, hier ein, übernachtete in Zettlig Hotel, und reiste am andern Morgen nach Wien ab.

Naumburg, 28. Dez. (D. A. Z.) Hier und in den nächsten Distschaften liegen gegenwärtig über 2000 Mann Infanterie, resp. dem 31. und 32. Linienregimente angehörig. Unter den Freiwilligen, die trotz der „friedlichen Ausichten“ noch immer bei diesem Truppentheile eintreten, befindet sich u. A. auch der hiesige Appellationsgerichtsrath Fischer v. Treuenfeld. Derselbe, Familienvater und bereits ein hoher Bierziger, hat gestern in dem Füßlierbataillon des 31. Regiments als Rekrut seine militärischen Exerzitien begonnen; denn er ist vorher nicht Soldat gewesen.

Neustadt a. d. Saale, 27. Dez. (Frankf. Kur.) Schon am 24. d. M., Abends 6 Uhr, traf von dem Hauptquartier Riffingen die Nachricht hier ein, daß die Truppen unter dem Feldmarschall-Leutnant Ledebitsch nach Schleswig-Holstein marschiren müssen, und es mußten am andern Tage sogleich Ohrenklappen angefertigt werden; der Ausmarsch würde bis zum 5. Januar 1851 erfolgen. — Gestern Nacht kam die bestimmtere Nachricht an, daß es nach „Schleswig“ gehe. Die Armee muß sich sündlich marschfertig halten. — Die Jäger unter dem General v. Jöbel sind von der Division abgetheilt, dagegen soll das Regiment „Ludwig“ dazu kommen.

Wien, 26. Dez. (Allg. Z.) Die Reise des Fürsten Schwarzenberg nach Berlin, welche gestern durch den Tele-

graphen angezeigt, legen die Friedensfreunde natürlich als etwas Günstiges aus. Gleichzeitig sind Einleitungen getroffen worden, um bedeutende Armeevorräthe wieder zu veräußern, weil man sie nunmehr zu entbehren hofft. Unsere Armee ist bis auf die etwa noch zu ergänzenden Monturabgänge in Folge der letzten Ereignisse so trefflich ausgerüstet und mit allem Kriegsbedarf so reichlich versehen, daß sie mit jedem Momente ins Feld rücken kann. Gottlob, daß die Politik unseres Kabinetts die Ehre Oesterreichs glänzend gewahrt, ohne einen Bruderkrieg beginnen zu müssen.

Der Weihnachtsabend, ein ursprünglich norddeutsches Kinderfest, macht sich hier immer beliebter, und wurde diesmal mit großartiger Pracht gefeiert. Vom schönsten Wetter begünstigt, wogten Tausende von Käufern nach den herrlich ausgestatteten Kaufläden, die übrigens wider alles Erwarten einen großen Theil ihres Inhalts absetzten, was die Handelswelt etwas heiler stimmte. Als Zeichen einer bessern Zeit darf nicht unerwähnt bleiben, daß unser Buchhandel sich wieder eines seit Jahren nicht mehr gesehenen Zuspruchs erfreute. Jugendschriften und die so beliebten Pracht Ausgaben deutscher Dichter waren die gesuchtesten Artikel. Die Erzherzogin Sophie, stets sinnig und geistreich, hatte für einen engen Hofzirkel einen himmelhohen Christbaum ausgerüstet, an welchem die Glieder der kaiserlichen Familie und näher stehende Personen ihre Christgaben fanden. Man sieht mit Vergnügen die Pflege solcher häuslichen Sitten am kaiserlichen Hof, und erkennt darin jene Befremdung mit den Volksgebräuchen, welche das Haus Habsburg seit den Zeiten Kaiser Josephs immer sorgfältig beobachtete.

Wien, 27. Dez. Der halbministerielle „Lloyd“ meldet in einer Nachschrift Folgendes: Wir vernehmen aus guter Quelle, daß der schwierige Punkt über den Marsch der Exekutionstruppen nach Holstein zu Dresden bereits gelöst worden. Preußen hat seine Zustimmung zu dem Marsche derselben durch sein Gebiet gegeben. Sie werden sofort per Eisenbahn über Magdeburg nach dem Ziele ihrer Bestimmung befördert werden.

Wien, 28. Dez. Die „Oesterr. Corresp.“ versichert heute wirklich, daß die erste Angelegenheit, welche zwischen den Ministerpräsidenten Oesterreichs und Preußens in Dresden verhandelt wurde, Schleswig-Holsteins fernere Schicksale entschied. „Die Einigung“, heißt es weiter, „ist in der That erfolgt, und die Exekutionstruppen des Bundes werden auf ihrem Marsche durch preussisches Gebiet keinem Hinderniß begegnen. Es handelt sich dabei nicht allein um die Ausführung eines deutschen Bundesbeschlusses, sondern um den bekannten Hauptbeschluss vier europäischer Großmächte, bei welchem die freiwillige Isolirung Preußens von den Kontrahenten schmerzlich empfunden ward.“

Friest, 21. Dez. (Allg. Z.) Wie kürzlich berichtet, bleibt von der bosnischen Insurrektion nur noch Mostar als Ueberrest zu bekämpfen. Man scheint sich hinsichtlich dieses Plazes aber Täuschungen hingegeben zu haben. Denn wenn von Mostar auch Schritte geschahen, welche den Wunsch der Einwohner nach friedlicher Beilegung durchblenden ließen, so fehlt es doch an Startköpfen und Waghälften nicht, welche aus dem Siege des Seraskiers sich keine Lehre ziehen wollen. Der in Mostar zurückgebliebene Sohn des Westiers Ali Pascha, Kusan Beg, welcher sich bekanntlich im väterlichen Serail einschloß, wurde in der ersten Dezemberwoche von den Insurgenten ernstlich angegriffen. Das Serail ist durch 12 Kanonen geschützt. Eigentlich handelte es sich nur um den Besitz dieser Kanonen. Es war ein Sturm in der Stadt, der aber vom Serail abgeschlagen wurde. Ein gewisser Ali Beg war den kaiserlichen Truppen, die von Sutornia kamen, von Bizina aus entgegengegangen und traf Anstalten, daß überall die Transportmittel für dieselben bereit seyen. Als er aber nach Glubuski kam, hatte seine Fürsorge ein Ende. Es ist schon früher angedeutet worden, daß Glubuski zu den Insurgenten hält. Gegenwärtig scheint man sich dort sogar auf große Dinge vorzubereiten, denn es werden Fortifikationen gemacht, Munition und Lebensvorräthe herbeigeschleppt. Uebrigens wird auch jetzt wieder bestätigt, daß von Mostar eine Deputation mit einer Adresse an den Seraskier abgegangen sey, welche die Entfernung Ali Pascha's und seiner Familie verlangt.

Frankreich.

Strasburg, 30. Dez. (Mannh. Z.) Gegen Ende der Woche werden in Neubreisach Truppen eintreffen, welche aus dem Süden kommen. Längs der Schweizergränze erhalten mehrere Garnisonen etwelche Verstärkungen. Man will behaupten, daß viele der militärischen Maßregeln, welche seit einiger Zeit getroffen wurden, ganz im Einverständnis mit den Großmächten geschahen, und daß es in der nächsten Zeit einer kräftigen Bekämpfung des letzten Ueberbleibfels der sozial-demokratischen Bewegungen gelte.

Für die Lustreise nach Paris, Rom, und Neapel, um den Carneval und die Feierlichkeiten während der heiligen Woche in der ewigen Stadt zu sehen, verlangen die Unternehmer nicht mehr als 1000 Franken von Personen, welche sich hier dabei betheiligen. Sie erhalten für diese Summe Kost und Wohnung, und alle ihre Ausgaben, selbst Trinkgelder, werden um diesen Preis bestritten. Es haben sich bereits schon viele Personen gemeldet.

Der „Abeinische Republikaner“ ist abermals zu 1500 Fr. wegen Preßvergehen verurtheilt. Die Republik ist für die Presse eine sehr theure geworden.

Paris, 30. Dez. Die Konflikte zwischen der Exekutivgewalt und der Nationalversammlung häufen sich: vorgestern die Mauguin'sche Schuldangelegenheit und heute abermals eine neue Differenz. Nach dem Ausgang des Allair'schen Diffamationsprozesses hatte der Minister des Innern auf Absetzung des Polizeikommissärs der Nationalversammlung, Jon, angetragen.

Gestern nun versammelte sich der Vorstand der Nationalversammlung und beschloß nach einer fünfständigen, lebhaften

Berathung, den Polizeikommissär Jon in seiner Stellung aufrecht zu erhalten. Die Beweggründe zu diesem wichtigen Beschluß sind nicht direkt bekannt, da die Vorstandsmitglieder sich das Versprechen gegeben haben, das strengste Geheimniß über ihre Berathung zu beobachten, sind aber leicht aus folgender Aeußerung zu erkennen, die einem derselben zugesprochen wird: „Wir haben Hr. Jon beibehalten, nicht trotz des Verlangens des Ministeriums, sondern wegen des Verlangens des Ministeriums.“ Offenbar ist dies der Schlüssel zu dem Benehmen des Vorstandes; er hat nicht den Anschein aufkommen lassen wollen, als weiche die Nationalversammlung einem von der Exekutivgewalt auf sie ausgeübten Druck; die Person des Hrn. Jon selbst war dabei ganz Nebensache; es läßt sich sogar annehmen, daß ohne das Andringen des Ministers Hr. Jon schon längst geopfert worden wäre. Die Eifer sucht des Parlaments auf seine wirklich oder scheinbar angegriffene Unabhängigkeit hat den Sieg über die gewohnte Bedächtigkeit, Versöhnlichkeit, und Nachgiebigkeit der Majoritätsmitglieder davongetragen.

Heute Morgen fand deshalb im Elysee National eine Ministerathung statt, worin über die vom Kabinet gegen die Nationalversammlung einzunehmende Haltung berathen wurde. Die Minister Baroche und Rouher wollten bei der Nationalversammlung eine Vertrauensfrage einbringen; nur zwei ihrer Kollegen waren dagegen. Der Präsident der Republik soll den Wunsch ausgedrückt haben, es möge das Ministerium mit Festigkeit gegen die Nationalversammlung auftreten. Die Differenzen werden indeß sicher keine weiteren Folgen haben und durchaus nicht zu einer bedenklicheren Spaltung führen. Die konservativen Fraktionen wissen es zu gut, wie notwendig sie die Eintracht brauchen.

Auch hieß es heute schon an der Börse, daß mehrere einflußreiche Mitglieder der Majorität sich für einen vermittelnden Ausweg bemühten, der darin bestände, daß der Vorstand nach Ablauf eines Monats aus eigenem Antrieb den Polizeikommissär Jon seines Amtes entsetzte.

Paris, 30. Dez. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kündigte der Präsident an, daß in Gemäßheit der Entscheidung der Nationalversammlung vom vorigen Sonnabend und durch die Fürsorge eines der Quästoren Hr. Mauguin sofort in Freiheit gesetzt worden sey. Hierauf wurde der Tagesordnung gemäß zur Diskussion über Genehmigung eines mit Sardinien abgeschlossenen Handels- und Schiffsahrt-Vertrags geschritten. Im Laufe derselben erhob sich die spitzfindige konstitutionelle Frage, ob die gesetzgebende Versammlung, die das Recht hat, die von der Exekutivgewalt abgeschlossenen Verträge mit auswärtigen Mächten zu genehmigen, auch das Recht habe, Modifikationen an denselben auf dem Wege eines Amendements anzubringen. Der Präsident Dupin wollte über ein zum Vertrag mit Sardinien gestelltes Amendement nicht votiren lassen, indem die Versammlung bloß den projektirten Vertrag genehmigen oder verwerfen könne. Cavaignac hielt dagegen mit Festigkeit das verfassungsmäßige Recht jedes Volksvertreters, durch ein Amendement Modifikationen an einem Vertrag vorzuschlagen, aufrecht. Die Verfassung der Republik sey den europäischen Mächten bekannt, und diese würden es daher nicht auffallen finden, wenn der Regierung durch die Nationalversammlung ausgegeben werde, auf veränderten Grundlagen zu unterhandeln. Mit der Annahme eines Amendements sey offenbar nicht gesagt, daß die Unterhandlungen ganz abgebrochen werden sollen.

Nach einer längern, verworrenen Debatte wurde die Einschaltung des vorgeschlagenen Amendements verworfen, ohne daß die aufgeworfene konstitutionelle Frage damit als entschieden betrachtet werden konnte. — Die nächste Sitzung ward auf den 2. Januar vertagt.

Paris, 31. Dez. Folgendes ist der Wortlaut des Mandats, mit welchem der Quästör Baze sich unmittelbar nach der Sitzung vom vorigen Sonnabend in das Schuldgefängniß begab, um die Freilassung des Volksvertreters Mauguin zu bewirken:

„Der Präsident der Nationalversammlung:
in Anbetracht des in Form einer Tagesordnung von der Nationalversammlung so eben gefassten Beschlusses, sofort die Freilassung des ungebührlich verhafteten Volksvertreters Mauguin bewerkstelligen zu lassen;
überträgt dem Quästör Baze alle zum sofortigen Bewerkstelligen dieser Freilassung nöthigen Gewalten, sogar die der Requisition der bewaffneten Macht.“

Gegeben am Schluß der Sitzung, um 6 1/2 Uhr Abends, den 28. Dezember 1850. (Gez.) Dupin.“

Heute Mittag um 12 Uhr fand die Versteigerung der zwei Millionen Renten in dem Finanzministerium statt. Drei Gebote waren gemacht worden. Das Bankierhaus Rothschild hatte 94 Fr. 50 für die 5proz. und 56 Fr. 50 für die 3proz. geboten. Das Comptoir national, bei der letzten Versteigerung die einzig bietende Partei, hatte nur ein Gebot auf die 5proz. mit 93 Fr. 25 gemacht. Eine Gesellschaft von Generalnehmern trug den Sieg davon indem sie die 5proz. Rente zu 94 Fr. 66 und die 3proz. zu 56 Fr. 60 auf ihrer Offerte notirt hatte. Obgleich dieses Resultat das Minimum des Hrn. Foult um Vieles übersteigt, so hat es doch gerade keinen wohlthätigen Einfluß auf die Börse ausgeübt, da man allgemein glaubt, daß die Generalnehmer diesen hohen Kurs nicht unterstützen können, und man auch andererseits den Einfluß Rothschild's fürchtet, der den Geboten der Generalnehmer hat weichen müssen.

Amerika.

Aus Britisch-Indien, 25. Nov. (Köln. Ztg.) Noch fortwährend schwingt die Cholera über die gefamten britischen Besitzungen in Westindien ihre fürchterliche Geißel. In Amerika ist die Krankheit noch nie so verheerend aufgetreten. Kingston hat allein schon 5000 seiner Bewohner verloren, und Port Royal im Verhältniß nicht weniger; doch hat die Seuche dort jetzt nachgelassen. In Kingston sind sämtliche Behörden als ihr Opfer gefallen, Viele

Plantagen sind ganz ausgestorben. Selbst in den 3000 Fuß über dem Meere liegenden Gegenden hat die Seuche nicht weniger Opfer gefordert, als in den Ebenen. Die Mehrzahl der farbigen Bevölkerung ist geradezu entmenscht, die von der Krankheit Befallenen werden erbarmungslos ihrem Schicksale preisgegeben. Auch die kleinsten Dienstleistungen bei Kranken müssen über alle Begriffe hoch bezahlt werden. Der Grundwerth sinkt in Britisch-Indien mit jedem Tage mehr. Die Pflanzungen werden bei öffentlichen Versteigerungen um einen Spottpreis verschleudert, sind gut bezahlt, wenn sie ein Bierzehntel ihres realen Werthes erreichen. Es sind Besitzungen, die in ganz ausgezeichneten Jahren 20,000 Pfd. abwarfen und durchschnittlich 8000 Pfd. aufbrachten, zu 1200 Pfd. St. verkauft worden. Eine Baumwoll-Pflanzung, die 600 Acres groß war, mit einem elegant eingerichteten Hause, 50 Maultieren, 150 Kühen, verschiedenen Wagen und Pferden, Schafherden, 20 Orhost Zucker ic., wurde zu demselben Preise zugeschlagen.

Badische Nachrichten.

Karlsruhe, 2. Jan. Das großh. Regierungsblatt Nr. 62 enthält folgende Dienstverordnungen:

Die katholische Pfarrei Zeuggen, Amts Säckingen, mit einem Einkommen von 900 fl.

Die katholische Pfarrei Bretten mit einem beiläufigen Einkommen von 900 fl.

Die katholische Pfarrei Langenrain, Amts Konnanz, mit einem beiläufigen Einkommen von 800—900 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, ein Provisorium mit jährlich 29 fl. 48 kr., 1855 legatimal, und ein solches von jährlich 10 fl., 1853 legatimal, abzutragen.

Die katholische Pfarrei Ottersweier, Amts Bühl, mit einem beiläufigen Einkommen von 1500 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, und 12 fl. 30 kr. als Rest einer Kriegsschuld abzutragen.

Karlsruhe, 1. Jan. Am 31. Dez. des eben verfloffenen Jahres feierte der Karlsruher Meteorolog Prof. Stiefel, dem auch unser Blatt seine Bitterungsbeobachtungen verdankt, den letzten Tag eines halben Jahrhunderts der hiesigen Beobachtungen; freilich einsam für sich, denn wer um ihn versteht das Gewicht dieser Sache. 54,789 mal stand ein Mann an dem Instrumente, durchblinnte den Himmel, sah nach Windfahnen, Rauch- und Wolkenzug und 26,298 Mal war Stiefel dieser Mann, so daß sich sein Antheil zu dem der Andern (Geh. Hofrath v. M. Böhm und G. Z. Wucherer) verhält, wie 263 zu 255. Aber noch mehr als der Abschluß in Anhängen von Material und Gewinn an persönliche Erfahrung sind die daraus gezogenen Resultate. An diesem Tag hatte der letzte der drei Meteorologen eine dreijährige Arbeit vollendet über die Aufzählung des Bitterungstypus und Charakters jedes der verfloffenen 18,233 Tage, wozu eine Umarbeitung des 30jährigen Journals auf 400 Blätter und eine graphische Darstellung desselben auf 600 Monatsblätter erforderlich war und sich damit zum Herrn einer 30jährigen Erfahrung gemacht, wie wenn er seit 50 Jahren die Bitterung selber gewesen wäre. Früchte derselben hatte er seit 1844 im „Zeus“ veröffentlicht; statt dessen geschieht es nun seit 1. Januar d. J. und künftig am ersten jeden Monats in dem „Wetterboten“ aus der Vergangenheit und für die nächste Zukunft“ und in Monatsbeilagen des großh. badischen „Landwirthschaftlichen Wochenblatts.“ Möge es ihm vergönnt seyn, noch manches Jahr seine umfangreichen und genauen Beobachtungen fortzusetzen und seine Wissenschaft zum praktischen Gebrauche insbesondere der Landwirtschaft auszubehnten!

Baden, 31. Dez. Der „N. Fr. Z.“ wird von hier geschrieben: Wir hoffen im Frühjahr auf einige Verschönerungen in hiesigem Orte. Hr. Benaget wird den Platz vor dem Konversationshause mit einem ganz neuen Kiosk verschönern und auf dem alten Schlosse soll die Herstellung des Rittersaals ebenfalls projektirt seyn. Es wäre gewiß ganz herrlich, wenn die alte Burg wieder in ihrem alten Style hergestellt würde! Ueber das Schloß selbst haben wir demnächst eine gelehrte Arbeit des Hrn. v. Krieg zu erwarten. Auch haben wir Hoffnung, daß der berühmte Chemiker Liebig von Gießen im Frühjahr eine Analyse des hiesigen Wassers vornimmt, da er beabsichtigt, dann hierher zu kommen, und eine Zeit lang zu verweilen. Möchte auch bis dahin die Stadt für Vermehrung der Straßenlaternen sorgen, die doch gar zu spärlich angebracht sind. 120 Lampen für Baden mit seiner weitläufigen Bauart und mit 6300 Bewohnern ist doch zu wenig. Bei Privatwägen macht die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft mehr Fortschritte, indem außer den 40 Lampen Benaget's noch 609 Flammen am 1. Dez. in Privathäusern brannten.

Nachricht.

Dresden, 31. Dez. (Allg. Z.) Fürst Schwarzenberg gegen Mittag wieder hier. Eben so Hr. v. Aven'sleben. Präsident des Legationsauschusses Staatsminister v. Beust. Die Konferenz konstituirte. Das Konferenzprotokoll vom 23. Dezember ist nun im Dresdener Journal veröffentlicht.

Wien, 28. Dez. (Allg. Z.) Das Gerücht von einer Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen in Dresden wird fortwährend wiederholt, und heute will man sogar aus der Abreise des kais. Adjutanten, Generalmajors v. Kellerstein, nach Dresden schließen, daß jene Zusammenkunft nächster Tage stattfinden werde.

Die Rückkunft des Fürsten Schwarzenberg wird sich um einige Tage verzögern, da derselbe sich auch nach Hannover zu begeben gedenkt. Vorläufig wird der Fürst bis zum 3. Januar in Wien zurück erwartet.

Wien, 31. Dez. (Allg. Z.) Hr. Rod, Ministerialrath im Staatsministerium des Handels, ist auf des Fürsten Schwarzenberg Wunsch nach Dresden abgegangen, wo vorzugsweise auch Deutschlands materielle Interessen berathen werden sollen.

